

Kolumne Nr. 45/2023

Künstliche Intelligenz schafft zusätzliche Stellen, braucht aber soziale Flankierung

Es ist eine Urangst des Menschen: Maschinen ersetzen ihn. Die Angst vor der Jobzerstörung ist berechtigt und hat seit Anfang des 19. Jahrhunderts immer wieder zu massiven Protesten geführt: Die Maschinenstürmer zerstörten Webstühle und Spinnräder, weil sie wussten, dass ihre Jobs für immer verschwinden werden. In den neunziger Jahren prophezeite der US-Autor Jeremy Rifkin wegen der fortschreitenden Automatisierung das „Ende der Arbeit“: Er verkaufte viele Bücher und hielt gut bezahlte Vorträge – doch die Beschäftigung hat zumindest in Deutschland zugenommen. Heute arbeiten mit 45 Millionen mehr Menschen mehr Stunden als jemals zuvor.

Aber ist jetzt alles anders? Die Fortschritte in der Künstliche Intelligenz (insbesondere bei den großen Sprachmodellen wie ChatGPT) sind unerwartet und beeindruckend. Die Überschrift zu dieser Entwicklung heißt Digitalisierung. Künstliche Intelligenz (KI) ist wie das Internet der Dinge, smarte Roboter, 3d-Druck und Blockchain-Technologie Element einer industriellen Revolution, die auch zweites Maschinenzeitalter genannt wird. Die Erfahrungen mit industriellen Revolutionen der Vergangenheit haben gezeigt, dass mehr Wohlstand mit weniger Arbeitsstunden möglich ist, Produktivitätssteigerungen Zeit benötigen und eine soziale Flankierung dringend notwendig ist.

Was heißt das für Deutschland im Jahr 2023? Digitalisierung bietet auch wegen der Fortschritte in der KI die Chance auf hohe Produktivitätssteigerungen – und damit mehr Wohlstand mit weniger Arbeitsstunden. Die demografische Entwicklung führt zu Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel in nicht gekanntem Ausmaß: KI kann diesem Mangel entgegenwirken, wenn die bestehende Belegschaft produktiver wird, so dass offene Stellen nicht besetzt oder ausscheidende Baby-Boomer nicht nachbesetzt werden müssen.

Wie aber kann der Einsatz von KI zu zusätzlichen Arbeitsplätzen führen? Einfach nachvollziehbar ist es, dass neue Berufsbilder entstehen werden: Vor dem Internet gab es keine Web-Designer, vor den sozialen Netzwerken gab es keine Social Media Manager, jetzt gibt es nur wenige ChatGPT-Experten – es werden viele gebraucht. Weniger leicht verständlich ist der zweite und wichtigere Kanal der arbeitsplatzschaffenden Wirkung von KI: Durch KI werden Produkte und Dienstleistungen kostengünstiger, so dass sie billiger angeboten werden können. Weil sie billiger werden, steigt die Nachfrage – und damit auch die Beschäftigung. Ein konkretes Beispiel zur Veranschaulichung: Flüge waren in den neunziger Jahren teuer. Wettbewerber reduzierten die Kosten je Flug durch Prozessoptimierung wie kürzere Standzeiten und Nutzung kleinerer Flughäfen – und konnten damit billigere Flüge anbieten. Damit stieg die Nachfrage nach Flügen. Wenn mehr geflogen, braucht es mehr Personal rund um das Fliegen – die Beschäftigung steigt. So wird es auch beim Einsatz der KI laufen.

Ein Kernproblem bleibt die Besetzung der neu entstehenden Stellen – es könnten viele Stellen für ChatGPT-Experten entstehen, die jedoch nicht besetzt werden können. Doch inzwischen existiert eine Vielzahl virtueller Universitäten (wie Udacity und Coursera), die ihr Weiterbildungsangebot an bereits Hochqualifizierte entsprechend anpassen werden. Die gutverdienenden Hochqualifizierten werden sich das neue Wissen mit finanzieller Unterstützung ihrer Arbeitgeber oder auf eigene Kosten aneignen können. Hier liegt kein echtes Problem.

Doch die Masse an Beschäftigten, deren Jobs sich durch den Einsatz von KI schnell verändern, hat ein ernstzunehmendes Problem. Sie müssen ihre Kompetenzen schnell anpassen. Die Menschen brauchen Geld und Zeit sowie eine Jobperspektive, um ihre Kompetenzen anpassen zu können. Die Politik hat das Problem erkannt, doch sie ist auf ausgetretenen Pfaden unterwegs: Das Qualifizierungschancengesetz, das Bürgergeld-Gesetz und das vor kurzem verabschiedete Weiterbildungsgesetz enthalten eine Vielzahl von Einzelregelungen, die zu einem hochbürokratischen und komplexen System führen. Es braucht Expertenwissen, um sich im Weiterbildungsdschungel zurecht zu finden.

Was es dagegen braucht, ist ein großer Wurf: Ein partielles Grundeinkommen nimmt Existenzängste (auf niedrigem Niveau ist es auch finanzierbar), eine Vier-Tage-Woche (oder ein anderes flexibles Arbeitszeitmodell) schafft den zeitlichen Freiraum, ein Weiterbildungsstipendium (gerne über Stiftungen wohlhabender Menschen) hilft bei der Finanzierung und eine Jobgarantie potenzieller Arbeitgeber bringt die nötige Perspektive und Motivation. Die soziale Flankierung der Digitalisierung durch KI, aber auch der durch den Klimawandel notwendigen Politikmaßnahmen muss Top-Priorität bekommen.

Prof. Dr. Alexander Spermann lehrt Volkswirtschaftslehre an der FOM-Hochschule für Erwerbstätige in Köln und an der Universität Freiburg.